

Bankenpolitik im Populismusnebel

Falls es noch irgendwelche Zweifel gab, wer heute die eigentliche Schweizer Finanzplatzpartei ist, so hat die SVP diese mit ihren jüngsten Vorstössen beseitigt. Die Eidgenössische Bankenkommission und die Nationalbank haben, sekundiert vom Bundesrat, für einmal schnell und deutlich auf das Versagen der Grossbanken reagiert. Sie verlangen von der UBS und der Credit Suisse zusätzlich zu den Eigenmitteln, die die Banken aufgrund ihrer eigenen Risikoschätzung halten müssen, eine Beschränkung des Verschuldungsgrades. Die Grossbanken haben sich in den letzten 10 Jahren nämlich immer stärker verschuldet, so dass sie heute wie gigantische Hedge-Funds dastehen – auf 3 Franken Eigenkapital kommen 97 Franken Schulden. Die EBK kriegt für ihre Ankündigung (die Umsetzung steht noch aus) international Lob für die systemstabilisierende Wirkung ihres Vorgehens. Vom Zürcher Paradeplatz ist dagegen lautes Zähneknirschen zu hören. Und die SVP verlangt, die Vorschläge der EBK müssten dem Parlament vorgelegt werden. Wenn die Regulierungsbehörden tatsächlich regulieren wollen und sogar die explizite Unterstützung des Bundesrats geniessen, dann hilft nur noch eine Kompetenzüberschreitung durch das Parlament.

Diese knallharte Interessenpolitik im Dienste der Banken kann sich nur die SVP leisten – wer sonst wollte sich beim zu Recht demolierten Image der Grossbanken auf ihre Seite stellen? Die SVP hingegen wirft munter populistische Nebelgranaten, um gleichzeitig auch noch ihre Klientel mit Symbolpolitik ruhig zu stellen. Sie verlangt eine Aufstockung der Goldreserven, „um einen starken Franken abzusichern“. Die Goldbindung des Frankens wurde zwar formell erst im Jahr 2000 aufgehoben, ihre Bedeutung hatte sie aber schon seit 1971 verloren, als zum letzten Mal ein Paritätskurs zwischen Gold und Franken festgelegt wurde. Die Vorstellung, die Nationalbank könnte mit etwas mehr Gold in ihren Währungsreserven den Franken stützen, sollten sich die Devisenspekulanten für einen Verkauf des Frankens entscheiden, ist läppisch.

Natürlich darf auch der Popanz „Bankkundengeheimnis“ nicht fehlen. Einmal mehr fordert die SVP dessen Verankerung in der Verfassung. Auch das ist fürs Publikum gedacht, nicht für die Banken. Denn mit der Steuerpolitik und nicht mit dem Bankgeheimnis werden die Interessen des Finanzplatzes gesichert – dafür sorgt die SVP allerdings nicht alleine.

Andreas Missbach, Erklärung von Bern, Banken und Finanzplatz, und AFP-Vorstandsmitglied